

II-1196 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 7191J

1991-03-15

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Keppelmüller, Svihalek, Dkfm. Ilona Graenitz  
und Genossen

an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung

betreffend Nichtvergabe einer Forschungsstudie betreffend die Möglichkei-  
ten einer alternativen großtechnischen Herstellung der Natronlauge auf ei-  
nem anderen Weg als der Chlor-Alkali-Elektrolyse

In einer Entschliebung des Nationalrates vom 1.3.1990 betreffend Maßnahmen  
zur Beschränkung der Verwendung von verbesserter Entsorgung von PVC (Poly-  
vinylchlorid) wurde das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung  
vom Nationalrat ersucht, eine Studie über die alternative großtechnische  
Herstellung der Natronlauge auf einem anderen Weg als der Chlor-Alkali-  
Elektrolyse durchzuführen und diese wiederum dem Nationalrat innerhalb von  
2 Jahren zuzuleiten.

In einem Schreiben haben Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, auf dem  
Wege der Parlamentsdirektion dem Nationalrat mitgeteilt, daß Sie beabsich-  
tigen, dieser Entschliebung nicht nachzukommen. Um Sie auf etliche Wider-  
sprüche in Ihrer Argumentation hinzuweisen, hat der Erstunterzeichner die-  
ser Anfrage in der Folge in seiner Funktion als Umweltsprecher der SPÖ ei-  
nen Brief an Sie gerichtet, in dem er Sie erneut um die Durchführung die-  
ser für die grundsätzliche Diskussion einer umweltfreundlichen Chemiepoli-  
tik so wichtigen Studie ersuchte (siehe Beilage). Ihr Antwortschreiben vom  
28.2.1991 (Beilage) weist aber noch mehr Widersprüche auf als vorher, und  
Sie erklären sich weiterhin nicht bereit, diese Studie durchführen zu  
lassen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Wissen-  
schaft und Forschung nachstehende

- 2 -

## A n f r a g e:

1. Haben Sie schon öfters EntschlieBungen des Nationalrates, die noch dazu nahezu einstimmig gefaBt wurden, nicht umgesetzt?  
Wenn ja, warum?
2. Sind Sie sich bewuBt, daB Ihre Hauptargumentation in Ihrem Brief vom 28.2.1991 völlig unrichtig und zudem überflüssig ist, weil der Erstunterzeichner dieses Thema in seinem Brief gar nicht hinterfragt hat?
3. Ist Ihnen bekannt, daB die Rücknahmeverpflichtung und die Kennzeichnungspflicht von PVC bereits gesetzlich geregelt ist, sodaB die ersten drei Absätze Ihres Schreibens vom 28.2.1991 jeder Grundlage entbehren?
4. Sind Sie sich weiters bewuBt, daB wenn Sie selbst in Ihrem Antwortschreiben darauf hinweisen, daB der Chlorbedarf weltweit im Rückzug ist, Sie selbst eine der wichtigsten Argumentationen nennen, weshalb andere Wege zur Natronlaugeherstellung gefunden werden müssen?  
Denn der Natronlaugebedarf steigt im Gegensatz zum Chlorbedarf an und nach dem derzeitig üblichen Verfahren fallen Chlor und Natronlauge parallel an. Was sollte bei Beibehaltung dieses Verfahrens dann mit dem Chlor geschehen?
5. Ist Ihnen deshalb inzwischen bewuBt geworden, daB Ihre Meinung "Es verdient festgehalten zu werden, daB die Frage der alternativen großtechnischen Herstellung von Natronlauge in keinem klar ersichtlichen Zusammenhang mit der PVC-Problematik steht" völlig falsch ist?
6. Sind Sie sich darüber bewuBt, daB die ÖGUT-Projektgruppe unter Beisein von Vertretern verschiedener Bundesministerien und der Sozialpartner sowie der Chemieindustrie in einem Konsenspapier zum Thema Chlorchemie erst vor einigen Wochen verstärkte Forschungsentwicklungsanstrengungen in Richtung anderer Technologien zur Natronlaugegewinnung unter Berücksichtigung der Ökobilanz gefordert hat?

- 3 -

7. Sprechen Sie der ÖGUT jede Sachkenntnis ab, und wenn ja, sind Sie sich darüber im klaren, daß Sie anderen Bundesministerien (z.B. dem Gesundheitsministerium) Sachkompetenz ebenso absprechen wie den Sozialpartnern?
8. Halten Sie es nicht für richtig, für einen systematischen Ausstieg aus der Chlorchemie hin zu einer umweltverträglicheren Chemie hinzuarbeiten?
9. Halten Sie in diesem Zusammenhang nicht die Erstellung einer Grundsatzstudie über andere Verfahren als die Chlor-Alkali-Elektrolyse zur Herstellung von Natronlauge für notwendig?
10. Wollen Sie in diesem Zusammenhang bestreiten, daß PVC in hohem Maße als langfristig und dauerhaftes Stabilisierungsmittel des anfallenden Chlors aus der Alkali-Elektrolyse dient?
11. Werden Sie eine der Entschliebung des Nationalrates vom 1.3.1990 betreffend Maßnahmen betreffend PVC-Verbot nachkommen?  
Wenn nicht, warum nicht?

SOZIALISTISCHE  
PARLAMENTSFRAKTION



PARLAMENT  
1017 WIEN

DR. PETER KEPPELMÜLLER  
Umweltsprecher der SPÖ

DVR: 0636746  
TEL. 0222/40110-0  
2. 1. 1991

Herrn Bundesminister  
Dr. Erhard Busek  
Bundesministerium für Wissenschaft  
und Forschung

Minoritenplatz 5  
1010 Wien

Sehr geehrter Herr Bundesminister !

Wie ich auf dem Wege über die Parlamentsdirektion von Ihrem Ressort informiert wurde, soll offensichtlich dem Entschließungsantrag des Nationalrates vom 1. 3. 1990 betreffend Maßnahmen zur Beschränkung und Verwendung und Verbesserung der Entsorgung von PVC von seiten des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung nicht entsprochen werden. Dies stellt abgesehen von der grundsätzlichen Frage, daß ein Bundesminister einer vom de facto gesamten Hohen Haus gefaßten Entschließung nicht Rechnung tragen will, auch sachlich-umweltpolitisch eine krasse Fehlentscheidung dar.

Die Chlorchemie bietet einen der Angelpunkte für eine bessere umweltbezogene Chemiepolitik. Nur bei einer Reduktion der Chlorverbindungen im Gesamtkreislauf, die dann bei Verbrennungen, bei Ablagerungen in Böden und im Grundwasser in einer Vielzahl toxischer Verbindungen in die Umwelt gelangen, kann eine höhere Gesundheits- und Umweltverträglichkeit der Chemieindustrie erwartet werden. Die Chlor-Alkali-Elektrolyse ist eine Säule des anthropogenen Inputs von Chlor und die Sicherung des Natronlaugenbedarfs auf einem anderen Weg ein Gebot der Stunde. Eine grundlegende Studie über einen anderen Weg (z.B. Natronsulfat-Elektrolyse, Sodakaustifizierung, Sodaelektrolyse .....,) die technische Machbarkeit, energie- und umweltpolitische sowie betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Auswirkungen sind daher unerläßlich. Zuletzt wurden im Rahmen der ÖGUT-Projektgruppe Chemie unter Beisein von Vertretern verschiedener Bundesministerien

BRBUSE01/ABGNR/KEPPELMU

- 2 -

und Sozialpartnern sowie der Chemieindustrie in einem Konsenspapier zum Thema Chlorchemie erst vor wenigen Wochen verstärkte Forschungsentwicklungsanstrengungen in Richtung anderer Technologien zur Natronlaugegewinnung unter Berücksichtigung der Öko-Bilanzen gefordert.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, ich ersuche Sie, eine offensichtlich unbedachte Äußerung Ihres Hauses zu korrigieren und die Studie betreffend die Herstellung der Natronlauge auf einem anderen Weg als der Chlor-Alkali-Elektrolyse dringend und rasch in Auftrag zu geben. Ich kündige Ihnen jetzt bereits an, daß die SPÖ Sie andernfalls für die jetzt von Ihnen in Aussicht genommene Entscheidung auf der politischen Diskussionsebene mit entsprechender Sachlichkeit, aber konsequent, kritisieren wird. Im übrigen ist darauf zu verweisen, daß die Durchführung der genannten Studie vom Nationalrat nach langen und ausführlichen Beratungen von über einem Jahr Dauer, zahlreiche Expertenhearings unter internationaler Beteiligung und mit größtem Verantwortungs- und Kostenbewußtsein gefordert wurde.

Mit freundlichen Grüßen

DR. ERHARD BUSEK

BUNDESMINISTER FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

WF

DVR-Nr. 175

GZ 5.000/1-24/91

Wien, 28. Februar 1991

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich entnehme Ihrem Schreiben vom 2.1.1991, DVR 0636746, mit Erstaunen, daß ich einer vom gesamten Hohen Haus gefaßten Entscheidung ~~nicht Rechnung tragen wollte.~~

Diesen ~~unrichtigen Vorwurf~~ muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Ich habe dem Umweltausschuß des Nationalrates bereits ~~in meinem Schreiben vom 18.11.1988 mitgeteilt~~, daß die Rücknahmeverpflichtung und die Kennzeichnungspflicht von PVC bereits ~~gesetzlich geregelt sind~~ und daher die Durchführung einer derartigen Forschungsstudie seitens meines Ressorts nicht erfolgen wird. Aufgrund der durch mein Ressorts durchgeführten Untersuchungen und nach gepflogener Kontaktnahme mit den ebenfalls betroffenen Bundesministerien (Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, Bundeskanzleramt-Gesundheit, Bundeskanzleramt - damalige Sektion IV, Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr und Bundesministerium für Finanzen) hätte eine Vergabe von Forschungsprojekten für diesen Bereich gegen die Richtlinien der

Herrn  
Abg. z. NR  
Dr. Peter Keppelmüller  
Umweltsprecher der SPÖ

Dr. Karl Renner-Ring 3  
1017 Wien

- 2 -

Bundesregierung gemäß § 13 Abs. 4 des Forschungsorganisationsgesetzes, BGBl.Nr. 341/1981, verstoßen.

Im Punkt 6 dieser Richtlinien ist festgehalten, daß Art und Vergabe von Forschungsaufträgen und Aufträgen von sonstigen wissenschaftlichen Untersuchungen nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit zu erfolgen hat. Außerdem wäre die Vergabe eines Forschungsauftrages für eine bereits geregelte Materie aus sachlichen Gründen nicht vertretbar.

In diesem Zusammenhang möchte ich jedoch eine Tatsache nicht unerwähnt lassen, welche eine nähere Untersuchung auf wissenschaftlicher Basis sehr wohl rechtfertigen könnte:

Im besonderen für Hart-PVC ist wegen der speziell im Außeneinsatz erforderlichen hohen Witterungsstabilität eine Stabilisierung des PVC erforderlich; hierfür werden in erster Linie Cadmium- und Blei-haltige Verbindungen gewählt, da diese sich einerseits von der Wirksamkeit, andererseits auch von der Wirtschaftlichkeit als besonders günstig erwiesen haben. Die umweltpolitischen Diskussionen der letzten Jahre sowie die Entsorgungsproblematik haben, wie mir berichtet wurde, dazu geführt, daß die Cadmium-Stabilisatoren kurzfristig verboten werden sollen und auch bei den Blei-Verbindungen mitunter eine Substitutionsmaßnahme ergriffen wird. Aus diesen Gründen erhebt sich verstärkt die Forderung nach einem Recycling, ein Aspekt, der im Verlauf der Jahre auch infolge der geringerwerdenden Verfügbarkeit von Rohstoffen eine wirtschaftliche Notwendigkeit werden wird.

PVC ist als thermoplastischer, d.h. ein durch Wärmezufuhr immer wieder erweichbarer Werkstoff für ein Recycling grundsätzlich geeignet. Technische Schwierigkeiten sind jedoch zu erwarten, wenn verschiedene Stabilisierungssysteme gemischt werden, was bei Zusatz von PVC-Regenerat zu anders stabilisiertem Neu-PVC zwangsläufig der Fall sein wird - die gegenseitige Wechselwirkung unterschiedlicher Stabilisatorsysteme hat somit noch wenig erforscht.

- 3 -

In Anbetracht dieser Tatsache erscheint durchaus überlegenswert, festzustellen, inwieweit beim Einsatz von PVC-Regenerat und dem damit verbundenen Zusammentreffen unterschiedlicher Stabilisierungssysteme Wechselwirkungen zwischen diesen auftreten.

Was die gleichzeitig angeregte Forschungsstudie betreffend die Möglichkeiten einer alternativen großtechnischen Herstellung von Natronlauge auf einem anderen Weg als der Chlor-Alkali-Elektrolyse anlangt, muß festgehalten werden, daß die in Aussicht genommene Studie von allen damit befaßten österreichischen Forschungsinstitutionen als nicht zielführend und unter Betrachtung der wirtschaftlichen Aspekte als nicht aussichtsreich bezeichnet wurde. Die von Ihnen angesprochene Untersuchung der technischen Machbarkeit, der energie- und umweltpolitischen sowie betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen müssen leider als überholt angesehen werden. Es verdient festgehalten zu werden, daß die Frage der alternativen großtechnischen Herstellung von Natronlauge in keinem klaren sachlichen Zusammenhang mit der PVC-Problematik steht und überdies nur eine Verschiebung der chlorhaltigen Abfallprodukte in Form einer anderen Substanz darstellen würde, da die wohl einzige wirtschaftlich vertretbare Natriumquelle nur Kochsalz (Natriumchlorid) sein kann. Auf der Grundlage des derzeitigen Standes der Technik können nach Beurteilung der befaßten Experten alternative Verfahren in ihrem jetzigen Entwicklungsstand lediglich als ungeeignet betrachtet werden. Ein Verfahren, das mindestens ebensoviele fossile Energieträger verbraucht wie ein Kraftwerk, wenn man Kohle oder Erdgas als Brennstoff annimmt, kann mit dem gegebenen Informationsstand nicht als ernstzunehmende alternative Methode angesehen werden.

Die von mir befaßten Experten haben auf die Reinheitsanforderungen im Elektrolyseverfahren hingewiesen und einhellig deren ökonomischen Vorzüge betont, die in einem anderen Verfahren nicht erreicht werden könnten.

Da der Chlorbedarf weltweit sich im Rückgang befindet und lediglich in den Erdölländern mit einer Zuwachsrate von 10 % auf Basis



- 4 -

der Schätzungen 1986 ausgegangen wurde, die mittlerweile jedoch als überholt betrachtet werden können, sehe ich mich veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß die Erstellung der oben angesprochenen Studie als unwirtschaftlich bezeichnet werden muß.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt widerspräche eine Auftragsvergabe - wie Sie sie fordern - dem § 12 des Forschungsorganisationsgesetzes; da es meine Aufgabe als Bundesminister ist, die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen zu garantieren, ~~muß ich die Polemik im letzten Absatz Ihres Schreibens entschieden~~ zurückweisen.

Im Hinblick auf die in Ihrem Schreiben vom 2.1.1991 erwähnten Empfehlungen im Rahmen der ÖGUT-Projektgruppe Chemie habe ich zusätzlich eine neutrale Institution um fachliche Stellungnahme, zur gegenständlichen Problematik ersucht.

Mit freundlichen Grüßen

